



Arbeit und Soziales in Stadt und Landkreis

Nr. 3 - Dezember 2017



Die Pflegesituation in unseren Krankenhäusern

Seit Jahren hört man in den Medien von der schwierigen Situation der Pflege in den deutschen Krankenhäusern. Jeder der einmal selbst längere Zeit im Krankenhaus verbrachte oder sich mit einer Pflegekraft unterhalten hat, weiß von der hohen Belastung des Pflegepersonals. Kernproblem ist die personelle Unterausstattung unserer Kliniken und die damit verbundenen Rahmenbedingungen der Arbeit am Krankenbett. Während zum Beispiel in den Niederlanden im Schnitt nur etwa fünf Patienten auf eine Pflegekraft kommen, so sind es in Deutschland zehn. Laut der deutschen Krankenhausgesellschaft fehlen alleine



Martin Bündenbender/ pixelio

im Intensivpflegebereich heute rund 3.000 Stellen. Zurzeit macht Verdi zurecht zunehmend Druck, dass sich an der Situation in der Krankenpflege etwas ändert. Man darf das Problem nicht auf dem Rücken der Pfleger und Pflegerinnen austragen. Doch was lässt sich nun ändern. Die SPD setzt sich intensiv für eine Besserstellung der Pflege in der Krankenhausfinanzierung ein und fordert neue Personalschlüssel und Personaluntergrenzen. Mindestbesetzungen müssen dabei nicht neu erfunden werden, sondern sie existieren bereits in vielen Staaten. Bereits beschlossen ist, dass bis zum Sommer nächsten Jahres neue verbindliche Personaluntergrenzen festgelegt werden sollen. Auch wenn dies nicht einfach ist, so wird dies jedoch der einzige Weg sein, das Problem zu lösen. Wichtig ist jedoch, dass man sich nicht auf die niedrigsten Personalzahlen einigt, sondern wirklich angemessene Mindestwerte festsetzt. Aber auch in der Krankenhausfinanzierung muss das Land etwas tun. Wenn die Finanzierung des Krankenhausbaus nicht ausreichend ist, so fehlt den Kliniken das Geld für die Pflege. Und gerade in dieser Hinsicht ist die Landesregierung zu kritisieren, nachdem alleine in Baden-Württemberg im Staatshaushalt 2016 der Landeszuschuss zum Krankenhausbau um 50 Millionen reduziert wurde und Kürzungen sind auch für den nächsten Haushaltsplan angekündigt. Die SPD fordert somit eine deutliche Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufs, in dem man die Arbeitsbedingungen und Löhne verbessert und dafür muss das Gesamtsystem besser finanziert werden.



JMG / pixelio

Ausgewählte Termine in der Region

8.12.2017

Verabschiedung des Plattenwalder Ortsvorstehers Walter Krinke mit Reinhold Gall
Wo?: Sporthalle der Grundschule Plattenwald

9.12.2017

Neumitgliedertreffen SPD-OV Heilbronn
Wo?: Kaffeehaus Hagen

11.12.2017

Weihnachtsempfang der Heilbronner Arbeitgeberverbände
Wo?: Theater Heilbronn

15.12.2017

Teilnahme an der Gedenkfeier „75 Jahre Ausschwitzerlass“ mit Reinhold Gall
Wo?: Mannheim

Impressum

Wahlkreisbüro Reinhold Gall und Rainer Hinderer

Wilhelmstr. 3 74072 Heilbronn

Tel: 07131/5943071

Mail: info@reinhold-gall.de
info@rainer-hinderer.de

Unsere anderen Newsletter und weitere Informationen finden Sie unter:
<http://www.reinhold-gall.de>

Neue Dimensionen der Selbstständigkeit

Dass der Arbeitsmarkt weltweit und natürlich auch in Deutschland vor gravierenden Veränderungen steht, ist hinlänglich bekannt. Neue Formen der Beschäftigung werden immer wichtiger und das klassische Vollzeit-Arbeitsverhältnis von 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr gehört immer mehr der Vergangenheit an. Eine be-



sondere Veränderung betrifft hierbei den Dienstleistungssektor, aber auch Teile der IT- und Medienbranche. Wichtigstes Stichwort zu den Veränderungen ist: Plattformökonomie. Doch was meint dieser Begriff? Er beschreibt die Art und Weise für Auftraggeber und Auftragnehmer zueinanderfinden. Nämlich in Form von Austauschplattformen im Internet. Die Idee ist einfach. Ein Auftraggeber sucht für eine bestimmte Dienstleistung einen Auftragnehmer und stellt dafür diesen Auftrag auf einer Plattform ein, wo sich dann Auftragnehmer um diesen Auftrag bewerben und ihn für den Anbieter erledigen können. Im Softwarebereich gibt es diese Art von Arbeitsverhältnis mit am längsten. Hier können zum Beispiel Programmieraufträge über Plattformen vergeben werden. Das Unternehmen sucht somit für jeden Auftrag erneut nach der Person, die ihn am Besten erledigen kann. Festangestellte Programmierer benötigt das Unternehmen somit nicht mehr oder zumindest weniger. Im Dienst-

leistungssektor nehmen diese Plattformen auch für den Endverbraucher eine immer größere Rolle ein. Zu nennen sind zum Beispiel Plattformen über die Haushaltsdienstleistungen eingekauft werden können oder Bringdienste für Mahlzeiten vermittelt werden. Das weltweit vielleicht bekannteste Beispiel bildet der US-Taxidienstleister Uber, bei dem Taxifahrten vermittelt werden.

Was für Unternehmen und Verbraucher sehr attraktiv klingt, hat jedoch auf der anderen Seite eine sehr negative Auswirkung. All diese Plattformen erzeugen Solo-Selbstständige, die für die Plattformen Aufträge erledigen. Ihnen fehlt dabei nicht nur die soziale Absicherung, da sie meist nicht in die Sozialversicherungen einzahlen, noch haben sie einen arbeitsrechtlichen Schutz, da es logischerweise keine Arbeitsverträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr gibt. Darüber hinaus sind die Löhne, die für die genannten Tätigkeiten bezahlt werden schlecht oder sogar sehr schlecht und liegen häufig unter dem Mindestlohn. Für die Selbstständigen, die eine solche Arbeit ausführen, bedeutet sie also häufig ein dauerhaft prekäres Arbeitsleben. Diese neuen Arbeitsformen in die klassischen sozialen Sicherungssysteme einzubeziehen wird eine wichtige Aufgabe der Sozialpolitik in den nächsten Jahren.

Weitere Informationen über dieses Thema finden Sie zum Beispiel bei der Friedrich-Ebert-Stiftung unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/13669.pdf>.



Aktuelles

Ladenöffnungszeiten an Heiligabend. Dr. Boris Weirauch, wirtschaftspolitischer Sprecher, und Rainer Hinderer, kirchenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, zur Kritik von ver.di und der Kirchen zur Möglichkeit, am Sonntag des Heiligabends Geschäfte öffnen zu können: „Wir haben grundsätzliches Verständnis für die Kritik von ver.di und der Kirchen an dem möglichen verkaufsoffenen Sonntag am 24. Dezember. Dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Heiligabend arbeiten müssen, obwohl er auf einen Sonntag fällt, entspricht nicht unserer Vorstellung von einem verantwortungsvollen Umgang mit Beschäftigten, und auch nicht der zentralen Rolle der Familie in der Weihnachtszeit. Es freut uns, dass viele Arbeitgeber bereits von sich aus auf eine Öffnung am Sonntag verzichten.“ ++++ **Weiterbeschäftigung von Vertretungslehrern über die Sommerferien.** Faire Arbeitsbedingungen sind für SPD-Fraktionsvize Dr. Stefan Fulst-Blei ein wichtiger Grundstein für gute Schulen in Baden-Württemberg. Dazu gehört für ihn auch die Weiterbeschäftigung von Vertretungslehrern über die Sommerferien, die die SPD nun im Rahmen der aktuellen Haushaltsverhandlungen fordert: „Lehrkräften, die eine Weiterbeschäftigung im neuen Schuljahr vorweisen können, darf über die Ferien nicht länger der Geldhahn abgedreht werden“.